

Erkner – ungefiltert

Informationen der Fraktion DIE LINKE
in der Stadtverordnetenversammlung Erkner
Nr. 1/2015 vom 19. Februar 2015

DIE LINKE.

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung Erkner

Wohin mit Rad und Auto am Bahnhof Erkner?

In Erkner am Bahnhof einen Parkplatz zu finden, ist nur am Wochenende ohne Probleme möglich. Doch zu den Stoßzeiten, wenn es schnell gehen muss, sucht man oft verzweifelt nach einem Parkplatz. Selbst der Umstieg auf das Fahrrad lohnt nicht. Die Suche nach einem Stellplatz ist ähnhlich schwierig.

Am 10. Februar stellte die Fraktion DIE LINKE in der 4. Stadtverordnetenversammlung (SVV) den Antrag, Bedingungen zum anstehenden Verkauf eines stadteigenen Grundstücks am Bahnhof an einen Investor festzuschreiben. An der Bahnhofstraße, direkt gegenüber einem – wegen des Datenschutzes ungenannten – Discoun-

ter besitzt die Stadt ein Grundstück. Ein „Sahneschnittchen“! Die umliegenden Flächen gehören der Bahn. Die hat sie zum Verkauf ausgeschrieben. Sinnvoll ist ein Kauf nur dann, wenn der Käufer auch das städtische Grundstück erwirbt.

Für die Stadt ist das die Chance, eine Zweckbestimmung der Gesamtfläche zu Gunsten ihrer Bürger festzuschreiben, dem Käufer Bedingungen zu stellen. Die ließen sich mit einer sogenannten „Rückkauflassungsvormerkung“ sichern. Kommt der Erwerber den Auflagen nicht umgehend nach, kann die Stadt Erkner die Rückgabe ihres Grundstücks verlangen.

DIE LINKE wollte mit der Regelung in dem Kaufvertrag festschreiben, dass der Käufer auf der Fläche von über 14 600 m² für Fahrradstellplätze und freie PKW-Stellplätze zu sorgen hat. Eine erhebliche Entspannung der Parksituation im Bahnhofsumfeld! Das „Sahneschnittchen“ der Stadt ist für eine Abstellfläche von Fahrrädern ideal geeignet. Das Grundstück liegt auf einer Anhöhe neben der Bahnhofstraße. Hier ließen sich ebenerdig Fahrradstellplätze einrichten, und darüber könnte weiteres Baugeschehen stattfinden.

Diese vielleicht letzte Chance einer Entspannung der Parksituation im Bahnhofsumfeld wollten indes die Stadtverordneten der anderen Fraktionen nicht sehen, sie nicht einmal diskutieren. Unser Antrag wurde lapidar ohne Aussprache mehrheitlich abgelehnt. Dabei ist allen Stadtverordneten die bestehende, missliche Situation bekannt. Und bekannt sind die Pläne des Landes Berlin, Wohnungen auf dem ehemaligen Kasernengelände entlang der Berliner Straße zu bauen. Wohnungen für rund 700 Personen. Klar, dass die Parkplatznot weiter ansteigt!

Fraktion DIE LINKE in der SVV Erkner



Berichte von der 4. SVV am 10. Februar 2015

■ Wichtige Entscheidungen für Erkner nicht bis zu Ende durchdacht

Wir sind immer noch da ...

... und werden es auch bleiben, obwohl uns – den Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE und den Mitglieder der Partei DIE LINKE in Erkner – von Karin Dierks (SPD) auf der letzten SVV empfohlen wurde, doch woandershin zu ziehen. Wir würden alles nur schlechtreden, wir hätten Interesse am Stillstand und würden nicht im Sinn der Stadt handeln, so der Vorwurf.

Wie sähe die Demokratie in Erkner aus, ohne Opposition? Die SVV und Ausschusssitzungen wären in kürzester Zeit erledigt, man würde der Verwaltung und dem Bürgermeister für die hervorragende Arbeit danken und sich weiter keine Gedanken machen. Alle hätten sich lieb ...

Die acht Mitglieder der Fraktion DIE LINKE haben in den letzten Monaten eine sehr intensive Arbeit hinter sich gebracht und mussten sich so manchem unfairen Angriff erwehren. Auch wenn wir nicht geliebt werden, halten wir unser Wirken für unverzichtbar. Die Stadt und ihre Einwohner haben es verdient.

Was ist Erkner 2025?

Seit Sommer vergangenen Jahres lag der Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK) für Erkner bis 2025 auf dem Tisch. Auf unseren Druck hin wurde es öffentlich diskutiert. Wir hatten uns mehr Beteiligung gewünscht, aber das Interesse scheint gering, warum auch immer. In einer Sondersitzung der Stadtverordneten am 13. Januar 2015 wurde das INSEK nun beschlossen. In der vorliegenden Fassung konnten wir ihm nicht zustimmen.

■ Das Konzept enthält kein Leitbild für Erkner. Es kann so für jede andere Stadt ähnlicher Größe angewandt werden.

■ Einziger von Bürgermeister, Verwaltung und der Mehrheit der Stadtverordneten von SPD und CDU gewünschter Schwerpunkt der Entwicklung ist, die Einwohnerzahl der Stadt bei

11 700 zu halten. (Auf das *Warum* gibt es keine schlüssige Antwort.)

■ Dem Schwerpunkt, die Bevölkerungszahl halten, ist alles untergeordnet: Umwelt- und Trinkwasserschutz werden kaum beachtet, Waldflächen sollen Baugebieten weichen, überteuerte Hortbauten gebaut, Prestigeprojekte wie das Sportzentrum weiterentwickelt werden.

■ Arbeit und Sozialentwicklung, Lärmschutz, Straßen- und Radwegebau, so wie Lösung der Parkraumsituation spielen eine untergeordnete Rolle.

■ Das Erkneraner Stadtentwicklungskonzept ist mit den Umlandkommunen nicht abgestimmt, kreisliche Konzepte wie der Plan des öffentlichen Personennahverkehrs sind nicht beachtet worden.

Unsere Hauptkritik am INSEK war das fehlende Finanzkonzept für die Umsetzung des Planes. So bleibt das INSEK ein Papier ohne Chance für die Realisierung. Auch im Haushaltsplan der Stadt für 2015 und die Folgejahre ist nicht zu erkennen, dass Mittel für die Umsetzung der Vorhaben eingeplant wurden. Teilweise widerspricht die Finanzplanung sogar den im INSEK genannten Entwicklungszielen.

Der Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik

Der Stadthaushalt Erkners ist mit einer Summe von rund 14 Millionen Euro ausgeglichen. Ein Erfolg, den nicht jede Stadt verbuchen kann. Allerdings nimmt Erkner einen Kredit über 1,25 Millionen Euro auf, um die Investitionen – allen voran die Kita/Hort-Erweiterung „Koboldland“, Lange Straße 6 – zu stemmen.

Wir lehnten die vorliegende Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2015 für Erkner ab. Zwar ist in Ansätzen das Bemühen erkennbar, dem Haushaltsgrundsatz der Wahrheit und Klarheit zu entsprechen, aber insgesamt wird bei

vielen Ansätzen weitgehend im Dunkeln gestochert. Dies wird am Beispiel der virtuellen Abschreibungsbeträge im Ergebnishaushalt deutlich. In Wahrheit sind sie gar nicht vorhanden.

Das Ziel eines jeden doppelischen Haushalts (doppelte Buchführung – auch kaufmännische Buchführung genannt), den Wertezuwachs beziehungsweise Werteverzehr des kommunalen Vermögens darzustellen, wird verfehlt. Wie soll eine Planung aufgehen, wenn das wichtigste Ausgangsdokument, nämlich die Eröffnungsbilanz, und wenn über Jahre keine Haushaltsergebnisse vorliegen? Es fehlt die Basis für die Beurteilung der finanzpolitischen Entscheidungen und in der Folge die Grundlage für die Entwicklung der Stadt insgesamt.

Eines ist aber auch ohne diese wichtigen Unterlagen sehr deutlich geworden: Die Finanzen der Stadt Erkner werden nicht besser, sondern zunehmend schlechter. Dazu genügt ein Blick auf die Rücklagen der Stadt. Sie schrumpfen mehr und mehr. Wie in der Vergangenheit sollen

■ Sorgen nehmen wir ernst

Die Fraktion DIE LINKE hat auf Sorgen der Anlieger reagiert, dass die Abfahrt aus ihren Grundstücken durch parkende Autos in der Seestraße erschwert wird. Sie wünschten sich ein beiderseitiges Parkverbot. Eine entsprechende Beschlussvorlage lag der SVV am 10. Februar vor.

In der Seestraße soll auf dem Abschnitt von der Fröbelstraße bis zum Bretterschen Graben beidseitig ein eingeschränktes Halteverbot ausgesprochen werden. Das hat die Stadt – in einem

wieder Investitionen auf den Weg gebracht werden, ohne die Folgekosten ausreichend zu berücksichtigen. Eine nachhaltige Kommunalpolitik sieht anders aus.

In die Beratung des Haushalts einer Stadt sollten alle interessierten Bürgerinnen und Bürger einbezogen werden. Leider findet sich der Haushaltsentwurf nicht mal auf der Internetseite der Stadt. Es geht sogar so weit, dass den Stadtverordneten unserer Fraktion, entgegen der Rechtslage, die Einsicht in die für die Planung maßgeblichen Unterlagen versagt wird.

So verfestigt sich leider der Eindruck, die Stadtverwaltung hätte etwas zu verbergen – oder traue ihren eigenen Haushaltsansätzen nicht.

Dr. Elvira Strauß

Die ausführliche Begründung unserer Ablehnung finden Sie auf unserer Internetseite www.linke-erkner.de im Beitrag *Stadtverordnetenversammlung: Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung 2015* vom 10. 2. 2015

Zug mit der dort vorgesehenen Tempo 30-Zone beim zuständigen Straßenverkehrsamt beantragt, teilte Clemens Wolter vom Tiefbauamt mit. Aufgrund dieser freiwilligen Aktivität der Stadtverwaltung brauchte unsere Beschlussvorlage nicht mehr abgestimmt und konnte zurückgezogen werden.

Die Verkehrssituation in der Region um die Seestraße insgesamt muss nach der Eröffnung des City Centers frühestens im Juni/Juli sicherlich erneut beurteilt werden.

*Mario Hausmann,
stellv. Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE, Mitglied
im Ausschuss für
Stadtentwicklung, Bau-
planung, Natur- und
Umweltschutz, Verkehr*



Staat – Demokratie. Rechtsstaat versus Unrechtsstaat.

Argumente gegen eine Schwarz-Weiß-Klassifizierung.

Vortrag und Diskussion mit

Dr. Volkmar Schöneburg,

Jurist, Mitglied des Landtages Brandenburg,
Medienpolitischer Sprecher der Fraktion
DIE LINKE

Donnerstag, 12. März 2015, 19 Uhr
Erkner, Stadtteilzentrum der GefAS,
Fichtenauer Weg 44/53

Impressum

Erkner – ungefiltert, Informationen der Fraktion
DIE LINKE in der SVV Erkner; V.i.S.d.P.: Dr. Elvira
Strauß, Fraktionsvorsitzende, Telefon: 5 74 70 03
Redaktionsschluss: 19. Februar 2015
Druck: YesPrint e.K., Köln; Auflage: 1 000 Stück
E-Mail: kontakt@linke-erkner.de
Internet: www.linke-erkner.de

■ Sozialausschuss muss erneut beraten

Im November 2014 berichteten Frau Dr. Siegrid Richter und Frau Cornelia von Hackewitz (Kordinatorin für den Raum Erkner) über die umfangreiche ehrenamtliche Tätigkeit des Ambulanten Hospizdienstes Fürstenwalde e.V. im Sozialausschuss. Viele Menschen, auch aus unserer Stadt, suchen in Zeiten von Krisen und Krankheit Unterstützung, um ihr Leben selbstbestimmt gestalten zu können. Das Anliegen des Vereins ist es, den Tod (als Thema) wieder ins Leben zu holen und damit auch wieder der Sinnfrage des Lebens näher zu kommen. 58 ehrenamtliche Hospizhelfer sind im Umkreis von Erkner, Fürstenwalde und Beeskow im Auftrag des Vereins tätig.

Die Fraktion DIE LINKE stellte den Antrag, dass die Stadt Erkner als Institution Mitglied in diesem wichtigen Verein werden sollte. Bei einem Jahresbeitrag von 72 Euro, dachten wir, das sei kein Problem. Weit gefehlt.

Die Vertreter von SPD und CDU äußerten Bedenken. Die bezogen sich nicht auf das Geld und nicht auf das Wirken des Vereins, dem alle Respekt zollten, sondern auf die Gleichbehandlung

dieses Vereins mit anderen. Die Vereinsmitgliedschaft hat im Übrigen nichts mit der Vereinsförderrichtlinie zu tun, sondern bezieht sich auf die Mitarbeit der Stadt in diesem Verein. Eine solche Mitarbeit hat die Stadt in 14 anderen Verbänden. Hier gab es bis auf die Mitgliedschaft in der Schutzgemeinschaft Flughafen keine Diskussionen. Die Gesamtsumme der Beiträge beläuft sich auf 38 300 Euro jährlich.

Es wird jetzt eine erneute Diskussion im Sozialausschuss geben. Wir freuen uns auf Vorschläge der anderen Fraktionen, um zu verabreden, wie wir mit der Mitgliedschaft des Vereins verfahren wollen. Der Hospizverein ist kein Verein wie jeder andere. Seine Arbeit spielt für die Einwohner in einer älter werdenden Stadt in Krisensituationen eine bedeutende Rolle.

*Dr. Elvira Strauß, Vors.
Fraktion DIE LINKE, Vors.
des Sozialausschusses*



■ Tagt der Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft widerrechtlich?

Seit der Kommunalwahl 2014 beriet der Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft Erkner mbH – Wächter über Wohl und Wehe der Gesellschaft – bereits fünfmal und faßte wichtige Beschlüsse. Ob das zu Recht geschehen ist, muss nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH, Urteil vom 19. Februar 2013 – II ZR 56/12; www.bundesgerichtshof.de) bezweifelt werden.

Um die Wahl des Aufsichtsrates der 100-prozentigen Stadttochter hatte es bereits in der 1. SVV im Juni 2014 Streit zwischen den Fraktionen gegeben. Unser Kandidat, Dr. Lothar Kober, langjähriges und kenntnisreiches Aufsichtsratsmitglied, wurde abgelehnt. Daraufhin wurde die Kommunalaufsicht des Landkreises angerufen. Diese bemängelte nicht nur das Wahlverfahren, sondern auch den gesamten Gesellschaftsvertrag zwischen Stadt und Wohnungsgesellschaft. Wir kennen die konkrete Antwort nicht.

Es kann also sein, dass alle Beschlüsse des vermutlich rechtswidrig bestimmten „Rumpf-

Aufsichtsrates“ nichtig sind: Nicht-Mitglied des Aufsichtsrats ist nämlich nicht nur das nichtig gewählte Aufsichtsratsmitglied, sondern auch das Aufsichtsratsmitglied, dessen Wahl erfolgreich angefochten wird. So lag der Fall auch hier. Die Kommunalaufsicht hatte festgestellt, das Wahlverfahren zum Aufsichtsrat sei unzulässig. Zu Einzelheiten der Feststellungen der Kommunalaufsicht wollte man uns in der SVV keine Auskunft geben. „Sie können ja einen schriftlichen Antrag auf Akteneinsicht stellen“, beschied der Vorsitzende der SVV, Lothar Eysser (SPD), in aufgeheizter Stimmung. Bemerkenswert nur noch: Die Kommunalverfassung verlangt einen solchen schriftlichen Antrag nicht.

*Michael Voges, Fraktion
DIE LINKE, Richter a.D.,
Vors. des Mietervereins*

